

den 6. August 1975

777.820 - Bd/rsNotiz für Herrn Bundesrat Brugger

Kopie: Herrn Direktor Jolles
Herrn Botschafter Rothenbühler
Herrn Lévy

Währungsschlange

Wir haben die Ehre, Ihnen einen Ueberblick über die letzte Entwicklung des randvermerkten Problems zu übermitteln.

1. Am 23.7.1975 hat Direktor de Larosière vom französischen Finanzministerium der Schweizerischen Botschaft in Paris telefonisch mitgeteilt, Finanzminister Fourcade habe den Wunsch geäußert, sich anfangs September mit Bundesrat Chevallaz zu treffen, um die sich bei einem allfälligen Beitritt der Schweiz zur Währungsschlange stellenden Probleme zu erörtern. Ein solches Treffen könne sowohl in Paris wie in Bern stattfinden. Zu erörtern wären in erster Linie die schweizerischen Massnahmen zur Abwehr eines übermässigen Zuflusses von spekulativen Geldern.

Der französische Vorschlag bringt die Schweiz in eine gewisse Verlegenheit. Die EG-Finanzminister (inkl. der französische) erklärten am 10. Juli "de continuer ensemble la discussion avec les autorités suisses en vue de trouver une issue favorable à l'association du franc suisse au serpent". Diese Formulierung wurde nun überwiegend dahin interpretiert, dass bilaterale Gespräche in der Angelegenheit aus-

geschlossen seien. Wenn diese Auslegung richtig ist, würden natürlich offizielle französisch-schweizerische Kontakte vor dem 22.9.1975 die übrigen EG-Partner in der Schlange brüskieren. Umgekehrt kann aber auch argumentiert werden, dass schweizerisch-französische Gespräche mit dem erklärten Zweck, die ausschliesslich von Frankreich erhobenen Bedenken gegenüber einem schweizerischen Beitritt auszuräumen, möglich sein müssen.

2. Bundesrat Chevallaz neigt dazu, die französische Einladung nur für einen Zeitpunkt nach dem 22. September zu akzeptieren, was einer faktischen Absage mindestens insoweit gleichkäme, als möglicherweise Frankreich die bilateralen Gespräche als Vorverhandlungen aufgefasst haben möchte.

Ein Entscheid hierüber wird vom Bundesrat zu fällen sein. Das Integrationsbüro hat, im Einvernehmen mit den zuständigen Dienststellen, die Botschaft in Paris angewiesen, Herrn de Larosière mitzuteilen, dass die Antwort des Bundesrates wegen der Ferienzeit noch einige Zeit auf sich warten lassen werde.

3. Mit Brief vom 31. Juli hat Bundesrat Chevallaz dem Vorsitzenden der Finanzminister der EG-Schlängländer, Minister W. de Clercq, mitgeteilt, dass er dessen Einladung zur Teilnahme am Finanzministerrat vom 22. September annehme. Die Annahme, so wird im Brief gesagt, erfolge in der Idee, dass die Zusammenkunft "permettra de tirer les conclusions des discussions qui ont déjà eu lieu sur le plan technique au sujet des modalités de fonctionnement du serpent".

Bei der Uebergabe des Briefes hat unsere Mission in Brüssel zudem mündlich erklärt, dass die Schweiz keine Verpflichtungen eingehen werde, welche über die technischen Modalitäten betreffend das Funktionieren der Schlange hinausgingen. Zu

den vorgeschlagenen französisch-schweizerischen Gesprächen befragt, hat die Mission ausgeführt, dass entsprechende Kontakte, sofern sie überhaupt stattfänden, in keiner Weise den Charakter von Verhandlungen hätten. Von EG-Seite wurde in diesem Zusammenhang der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die Schweiz die andern Schlangeländer informiere, falls sie die französische Einladung annehme.

Im Übrigen hat der Gesprächspartner unserer Mission bestätigt, dass der Sinn der gemeinsamen Erklärung vom 10. Juli sehr wohl der sei, bilaterale Verhandlungen in der Angelegenheit auszuschliessen.

4. Die Handelsabteilung ihrerseits neigt zur Ansicht, dass die französische Einladung aus diplomatischen und handelspolitischen Gründen nur schwerlich abgelehnt werden könne, dies um so mehr, als schon auf schweizerischen Wunsch bilaterale Kontakte stattgefunden haben. Indessen müssten Präzisierungen in Bezug auf Prozedur und Gesprächsthemen angebracht werden. Folgende Punkte könnten diskutiert werden:

- Tour d'horizon in Bezug auf allgemeine wirtschafts- und währungspolitische Lage;
- Meinungs austausch in Bezug auf die "Pratiques de change", wobei eine gewisse Identität der Interessen festgestellt werden kann (Stabilisierung der Kurse gegenüber dem Dollar, ev. in Zusammenarbeit mit den USA);
- In diesem Rahmen könnte festgestellt werden, dass die Schlange ein erstes Element zur Herstellung einer neuen Währungsordnung darstellt;
- Bilaterale Probleme.

Ferner sollte, falls der Bundesrat dem Gespräch zustimmt, Bern als Treffpunkt gewählt werden (damit wir nicht als Bittsteller erscheinen).

5. Weiteres Vorgehen: Sobald ein diesbezüglicher Antrag des EFZD vorliegt, wird das EVD einen Mithericht verfassen.

INTEGRATIONSBUREAU EPD/EVD

(Franz Blankart)

Beilagen:

- Telex Paris vom 23.7.75
- Telex Integrationsbureau vom 31.7.75
- Telex Mission Brüssel vom 31.7.75